

Michael Schneider

Von der Selbsthilfefirma zum Integrationsprojekt - Zur Förderpraxis bei Integrationsunternehmen gem. § 132 ff SGB IX am Beispiel von Westfalen-Lippe

„Firmenlandschaft“

Bis Ende des Jahres 2003 wurden in Westfalen-Lippe 44 Integrationsunternehmen gefördert. 38 von Ihnen erhielten im Jahr 2003 laufende Leistungen, 6 der Firmenprojekte befinden sich noch im Aufbau. Für insgesamt 409 besonders betroffene schwerbehinderte Menschen wurden bis Mitte des Jahres 2003 laufende Leistungen durch das Integrationsamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe erbracht. 153 von ihnen waren weiblich, das entspricht einem Frauenanteil von 37 %. Weitere 60 Arbeitsplätze entstehen bei den bereits bewilligten und im Aufbau befindlichen Projekten. Daneben sind in den Integrationsunternehmen rund 40 schwerbehinderte Menschen beschäftigt, die nicht zu den besonders betroffenen Personen gem. § 132 SGB IX gehören. Die Gesamtzahl der Beschäftigten beläuft sich auf ca. 750 Personen. Setzt man die Zahl der bisher geschaffenen 470 Arbeitsplätze für die Zielgruppe in Relation zu den z.Z. in Westfalen-Lippe bestehenden 28.843 Werkstattplätzen, so wäre dies ein Anteil von 1,6 % an den Plätzen in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM).

Bei allen Projekten handelt es sich um Integrationsunternehmen, also rechtlich und wirtschaftlich selbständige Firmen. Integrationsbetriebe oder -abteilungen, deren Förderung der Gesetzgeber ja ebenso vorsieht, sind bisher nicht entstanden. Ca. 90 % der Projekte lassen sich als marktorientierte Firmenprojekte einstufen, bei ca. 10 % steht (noch) der Maßnahmecharakter im Vordergrund. Träger bzw. Gesellschafter von Integrationsfirmen sind Bildungsträger und Beschäftigungsgesellschaften, Träger von Einrichtungen der Behindertenhilfe, Elterninitiativen, Selbsthilfegruppen sowie zu einem kleinerem Anteil auch Privatpersonen in privatwirtschaftlicher Organisationsform. In Westfalen-Lippe existiert mit dem Ende der 70er Jahre gegründeten Projekt "HFR gGmbH", in der Stadt Münster vielen Bürgern eher unter dem populären Namen "Rümpelfix" bekannt, eines der ältesten Firmenprojekte Deutschlands, insofern ein "klassisches" Integrationsunternehmen, da es als Selbsthilfefirma für Menschen mit psychischen Behinderungen von einem sozialpsychiatrischen Hilfsverein ins Leben gerufen wurde und sich zunächst in einem für ein soziales Unternehmen nicht ganz untypischen Geschäftsfeld wie einem Entrümpelungsservice und Second-Hand-Shop betätigte. Heute umfasst das Unternehmen weitere 4 Betriebsteile, unter anderem ein Fahrradgeschäft. Neben diesem hier exemplarisch genannten Betrieb existieren weitere 10 Projekte, deren Wurzeln in die psychiatrische Entospitalisierungsbewegung der 80er Jahre reichen, 5 allein im Raum Gütersloh. Diese hatten allesamt einen starken Mentor und zwar den langjährigen Leiter der dortigen psychiatrischen Klinik und bundesweit bekannten "Reformpapst" in der Psychiatrielandschaft Prof. Klaus Dörner. Letzterer ist auch noch Gesellschafter der Dalke gGmbH, einem seit 1981 bestehenden Unternehmen mit z.Z. 32 Beschäftigten aus der Zielgruppe. Die beiden Geschäftsführer wurden vor kurzem für ihr Lebenswerk mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Dalke ist ein industrieller Dienstleister, im Moment jedoch in wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgrund von Kurzarbeit bei Miele, dem Hauptauftraggeber.

Die Firmenprojekte sind ungleich über Westfalen-Lippe verteilt, das zeigt das Beispiel Gütersloh. Integrationsfirmen entstehen nicht per Netzplan, sondern durch privates und verbandliches Engagement. Ihre Gründer brauchen eine Geschäftsidee, soziales Engagement, Unternehmergeist und eine gewisse Risikobereitschaft, Eigenschaften, die in dieser Kombination eher selten auftreten, deswegen können Firmenprojekte im Unterschied zu anderen besonderen Handlungsformen der beruflichen Teilhabe nicht „von oben“ verordnet und quasi gleichmäßig über die Fläche verteilt werden. Als Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes werden sie von ihren Gesellschaftern und Eignern in eigener unternehmerischer Verantwortung geführt, eine Risikoabsicherung oder Bestandsgarantie durch die öffentliche Hand besteht nicht.

Im Jahr 2001, nachdem gesetzliche Neuregelungen eine verbesserte Förderung möglich machten, hatten 5 **neue Integrationsprojekte** ihren Betrieb aufgenommen. Dabei handelte sich um ein Cafe am Marktplatz in Rheine in Trägerschaft des Caritasverbandes, weiterhin um Teuto-InServ, eine Ausgründung der Lebenshilfwerkstatt für behinderte Menschen in Bielefeld, welche Karosserieteile für BMW fertigt, den Metallservice Vlotho, ebenfalls ein Unternehmen eines Trägers einer WfbM und im Bereich Metallverarbeitung aktiv. Neu entstanden waren auch die Firma Innovita in Schwerte, Initiator war hierbei ein engagierter Elternverein. Der Betrieb hat die Bewirtschaftung einer Kantine in einem Verwaltungsgebäude übernommen. Solche Geschäftstätigkeiten gibt es auch an 5 anderen Standorten. Die Zeche Germania GmbH, ein Dortmunder Recyclingunternehmen in Trägerschaft des Christlichen Jugenddorfes, nahm ebenfalls 2002 den Betrieb mit 8 Arbeitsplätzen auf. Die genannten Projekte sind quasi ein repräsentatives Abbild der aktuellen Gründerlandschaft, die im wesentlichen durch soziale Träger geprägt wird. Bei den neuen Projekten handelt es sich nicht nur um „echte“ Neugründungen. Im Fall Metallservice Vlotho wurde ein bestehender Betrieb von einer WfbM übernommen. Der Vorbesitzer hatte Geschäftskontakte zur WfbM und suchte aus Altersgründen eine geeignete Unternehmensnachfolge. Dasselbe Motiv kam bei den beiden folgenden Projekten zum Tragen. Ende 2002 entstand die Herbalind gGmbH in Rhede ebenfalls aus einer Betriebsübernahme. Gesellschafter ist die Fähre e.V., ein Träger mit Hilfsangeboten für seelisch behinderte Menschen. Herbalind ist ein Hersteller von Gesundheitsartikeln wie z.B. Kirschkernsäckchen, die etwa als "Give Aways" an Apotheken vertrieben werden. In 2003 gingen weitere Projekte an den Start. Die Liemer Lilie gGmbH ist eine auf 2 Kulturen spezialisierte und für den Fachhandel produzierende Zierpflanzengärtnerei in Lemgo, die ebenfalls von einem aus Altersgründen verkaufenden Vorbesitzer übernommen und in ein Integrationsunternehmen umgeformt wurde und zwar von der Stiftung Eben Ezer. Die AWO Büre in Münster war eine echte Neugründung, allerdings unter dem Patronat eines branchenerfahrenen „Unruheständlers“, früher selbst erfolgreicher Unternehmer. Der Betrieb recycelt Computer und Kopierer und hat sich bereits im 1. Betriebsjahr erfolgreich am Markt platziert, ein Beispiel für eine gelungene Patenschaft mit einem Senior Advisor. Die ProJob gGmbH ging aus dem Zuverdienstbetrieb MCH Elektronik der Anstalt Bethel Elektronik hervor und fertigt in Kooperation mit einem industriellen Partner Kabel für die Informationstechnologie. Die MDS gGmbH, eine Ausgründung der Westfalenfleiß Werkstätten in Münster betreibt seit kurzem ein Hofkaffee und einen Hofladen auf dem landwirtschaftlichen Gut Kinderhaus. Am 1.11. 03 startete das Integrationsprojekt Wellform Integration GmbH in Paderborn mit 15 schwerbehinderten Personen. Dabei handelt es sich um ein Projekt in Trägerschaft des Matratzen- und Lattenrostherstellers Wellform, welcher bereits zusammen mit dem Integrationsamt Stuttgart im württembergischen Hauptwerk ein Integrationsprojekt realisiert hatte. Weitere bereits seit längerem

geplante und bewilligte Projekte befinden sich noch im Aufbau, darunter das Hotelprojekt Stadthaus Detmold, ein Küchenbetrieb in Bielefeld sowie eine Bäckerei in Trägerschaft der Alexianer Werkstätten Münster. Die Josefsbrauerei in Bigge-Olsberg soll 2004 aus der dortigen WfbM ausgegründet und als Integrationsunternehmen geführt werden.

Anfang 2003 war eine Insolvenz zu verzeichnen und zwar bei einem privatwirtschaftlich geführten Schreibservice. Verursachend war weniger die wirtschaftliche Situation als vielmehr Managementfehler. 2002 stellte die INTEG in Bochum den Betrieb aufgrund von Auftragsmangel ein. Ansonsten haben bisher alle Projekte - trotz oft schwieriger Rahmenbedingungen - wirtschaftlich überlebt.

Beratung und Betreuung

Neben der Unterstützung neuer Projekte und der Betreuung bestehender wurden nach der Novellierung des SchwbG im Herbst 2000 jährlich rund 25 Interessenten mit konkreten Projektideen und teilweise schon entwickelten Geschäftsplänen näher beraten und betreut. Hunderte von Informationsanfragen allgemeiner Art wurden bearbeitet. Die Gesetzesnovelle weckte ein erhöhtes Interesse an der Handlungsform Integrationsprojekt. Nach genauerer Information und eingehender Beratung, den dann notwendigen Feinplanungen und fachlichen Sondierungen trennt sich die "Spreu vom Weizen" und viele zunächst euphorische Interessenten verabschieden sich aufgrund unklarer Marktchancen und wirtschaftlicher Risiken wieder von der Idee einer Firmengründung. Insgesamt hat das Integrationsamt des LWL bei den verschiedensten Gelegenheiten aktiv für die Handlungsform Integrationsprojekt geworben, bestimmte Zielgruppen potentieller Gründer wurden gezielt angesprochen, z.B. die Werkstätten für behinderte Menschen in Westfalen-Lippe.

Finanzielle Leistungen 2002 und 2003

Im Jahre 2002 wurden insg. 761.518 Euro für Aufbau (5 Fälle), Erweiterung (16 Fälle) und Ausstattung (8 Fälle) an Integrationsunternehmen geleistet, im Jahr 2003 belief sich die Summe bis einschließlich Oktober auf 840.000 Euro (9 x Aufbau, 15 x Erweiterung und 18x Ausstattung). Modernisierung wurde 2002 in 12 Fällen mit 400.000 Euro gefördert. Leistungen zur Abgeltung des besonderen Aufwandes gem. § 134 SGB IX sowie zum Ausgleich von Minderleistungen gem. § 27 SchwbAV wurden in Höhe von 2,86 Millionen erbracht, 2003 wird sich die Summe wahrscheinlich auf 3,2 Millionen Euro belaufen. Dieser Anstieg ist auch darauf zurückzuführen, dass durch den z.T. drastischen Rückgang der Lohnkostenzuschüsse der Arbeitsämter die prozentual angelegte Lohnkostenförderung durch das Integrationsamt in den ersten Jahren der Beschäftigung deutlich ansteigt. Bereits seit Mitte der 90er Jahre wurden in Westfalen-Lippe Leistungen zur Abgeltung des besonderen Aufwandes gem. § 27 SchwbAV an Integrationsunternehmen pauschaliert gewährt. Ab dem 1.1.2002 traten in NRW neue Förderkonditionen in Kraft, die auf den Vorläufigen Empfehlungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Hauptfürsorgestellen und Integrationsämter (BIH) basieren und welche die für die Projekte berechnen- und planbare pauschalierte Förderung bundesweit als Standard setzen.

Förderkriterien

Der Gesetzgeber hat kein förmliches Anerkennungsverfahren wie bei WfbM eingeführt. Bei der im Fördergeschehen dennoch zu treffenden Ermessensentscheidung ist zunächst die Frage zu beantworten, ob Integrationsprojekte den in § 132 Abs. 1 SGB IX definierten primären Unternehmenszweck verfolgen, beruflich besonders betroffene schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Das einzige operationalisier- und quantifizierbare Prüfkriterium ist die Beschäftigungsquote nach § 132 SGB IX in Höhe von mindestens 25% schwerbehinderter Menschen (sbM) nach der Zielgruppendefinition von § 132 SGB IX Abs.1 und 2 an der Gesamtbelegschaft. Die Beschäftigungsquote gilt nur für Unternehmen, Ober- und Untergrenze bei abhängigen Betrieben und Abteilungen sind im Gesetz nicht festgeschrieben, damit ließe sich die Beurteilung, ob ein Projekt in Form eines Betriebes oder einer Abteilung vorliegt, nur in analoger Anwendung an einer Unter- oder Obergrenze festmachen. Letzterer Fall ist allerdings in der hier beschriebenen Region noch nicht aufgetreten. In der Praxis ergaben sich bereits Probleme mit der Einhaltung der Zielgruppenbestimmung bei der Einstellung. So haben Projekte von Arbeitsämtern vermittelte schwerbehinderte Menschen (sbM) eingestellt, bei denen im Rahmen einer eigenen Plausibilitätsprüfung keine Zugehörigkeit zu den Gruppen von sbM erkennbar war, welche der Gesetzgeber in § 132 Abs.1 SGB IX in einem allgemeinen Sinne definiert und die er in Abs.2 anhand weiterer Behinderungsmerkmale genauer zu beschreiben versucht. Daraus ergab sich die Frage, ob vor Einstellung das Integrationsamt einzuschalten sei, das zunächst die Zugehörigkeit zu den **Zielgruppen** selbst prüft. Bei einer Reihe von neugegründeten Projekten erfolgten die Auswahl und die Platzierung der schwerbehinderten Beschäftigten gem. § 132 SGB IX mit Hilfe der örtlichen Integrationsfachdienste (IFD). Da die Zielgruppendefinitionen in § 109 und § 132 SGB IX weitgehend identisch sind, wird unterstellt, dass schwerbehinderte Menschen, die vom Arbeitsamt dem IFD zugewiesen werden, auch die Kriterien des § 132 SGB IX erfüllen. Eine ähnliche Regelung wurde 2001 beim NRW-Landessonderprogramm Aktion Integration III (AI-III) eingeführt, d.h. eine Zuweisung eines sbM durch das Arbeitsamt an den IFD bewirkt gleichzeitig Förderwürdigkeit mit den additionalen Leistungen von AI-III. Die Zielgruppenmerkmale werden unterschiedlich, gewissermaßen härter oder weicher ausgelegt. Joachim Maaßen, fachlich zuständiger Ministerialrat im Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung plädierte für eine eher großzügige Auslegung. In Hessen werden alle schwerbehinderten Beschäftigten in den Projekten gefördert, es bestehen jedoch Abstufungen bei den laufenden Leistungen in Abhängigkeit von der besonderen Betroffenheit (LWV Hessen, 2002). Adlhoch (2002, S.8) kommentiert, dass "die Integrationsprojekte ein spezielles, mit besonderen Aufgaben versehenes berufliches Eingliederungsangebot an eine Teilgruppe der schwerbehinderten Menschen darstellen" und die Vorschrift des § 132 deutlich mache, "dass die Tätigkeit in einem Integrationsprojekt nicht die Regelform der Teilhabe am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ist, weder für beruflich besonders beeinträchtigte, noch - erst recht nicht - für schwerbehinderte Menschen generell." Konsequenterweise können dann auch nicht alle schwerbehinderten Menschen in den Genuss der besonderen Leistungen des § 134 SGB IX kommen.

In NRW wurde vereinbart, dass der Charakter als Integrationsprojekt erhalten bleibt, wenn die **Beschäftigungsquote** temporär unter 25% sinkt und durch Neubesetzung innerhalb von 6 Monaten die Schwelle der 25%igen Untergrenze wieder überschritten wird. Die Sollvorschrift der Beschäftigungsobergrenze von 50% hält nur ein Teil der Betriebe ein. Insbesondere bei den traditionellen Firmen erreicht der Anteil nichtbehinderter Beschäftigter bzw. von Schwerbehinderten, die nicht dem

§ 132 SGB IX entsprechen, nur rund 25 % der Belegschaften. Ein Beispiel: Die AuB gGmbH im sauerländischen Marsberg erbringt industrielle Dienstleistungen. Es handelt sich um einen etablierten mittelständischen Betrieb und eines der größeren Integrationsunternehmen in Deutschland mit insg. 63 Mitarbeitern. Davon sind 44 Mitarbeiter anerkannt schwerbehindert, 42 Personen fallen unter die Zielgruppendefinition für Integrationsprojekte gemäß § 132 SGB IX. Ergänzend zu den versicherungspflichtig Beschäftigten sind bei der AuB gGmbH 10 Menschen mit Behinderungen im Zuverdienst tätig. 10 Beschäftigte sind nicht behindert und arbeiten als technische oder pädagogische Anleiter und Betreuer sowie in der Verwaltung. Das durchschnittliche Leistungsniveau der Menschen mit Behinderungen liegt bei ungefähr 70 % im Vergleich zu nichtbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Ausfallzeiten sind im Vergleich zu anderen Arbeitnehmern nicht erhöht. Der Anteil der schwerbehinderten Menschen beträgt fast 80% der Belegschaft. Damit hält das Unternehmen - wie viele andere Integrationsunternehmen - nicht die Zielvorgabe in § 132 Abs. 3 SGB IX ein.

Bzgl. der **Rechtsform** wurde von allen bestehenden Projekten in Form von Idealvereinen und Wohlfahrtsverbänden erwartet, dass die vom Gesetzgeber im Sinne des allgemeinen Handels- und Wirtschaftsrechts geforderte rechtliche Selbständigkeit innerhalb einer Übergangszeit realisiert wurde. Die Gründung eines Integrationsbetriebes oder einer Abteilung innerhalb der Rechtsform der Werkstatt für behinderte Menschen WfbM wird nicht akzeptiert, da deren gesetzlicher Auftrag im Unterschied zu den Integrationsprojekten nicht auf die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, sondern auf soziale und berufliche Rehabilitation abzielt. Die meisten der älteren überwiegend in die Rechtsform eines Vereins gekleideten Projekte hatten bis Ende 2001 den Schritt der Verselbständigung vollzogen. Im übrigen hatte das LWL-Integrationsamt bei neuen Projekten die in einem Grundsatzgespräch am 16.10.01 im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung mit Vertretern der Wohlfahrtspflege vereinbarte Flexibilität bei neugegründeten Unternehmen bereits regelmäßig praktiziert und firmenspezifische Übergangsfristen bzgl. der wirtschaftlichen und rechtlichen Selbständigkeit vereinbart.

Ein besonderer Anreiz gilt als "westfälisches Landrecht" bereits seit einigen Jahren für den Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Gründen Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) ein Integrationsunternehmen (aus) und besetzen sie die neu geschaffenen Arbeitsplätze mit Personen aus der WfbM, so können diese zunächst für eine vereinbarte Übergangsfrist in der Zeit des Betriebsaufbaus im Status eines WfbM-Beschäftigten verbleiben. Bereits Mitte der 90er Jahre hatten die Landesräte Stork (1993) und Dr. Baur dafür geworben, betriebswirtschaftlich tragfähige Betriebsteile der Werkstatt für Behinderte in Integrationsfirmen auszugliedern und dort leistungsfähige schwerbehinderte Menschen aus der WfbM sozialversicherungspflichtig und zu Tariflöhnen zu beschäftigen, ein Appell, der allerdings zunächst nur verhaltene Resonanz erfuhr. WfbM sind jedoch besonders gut geeignet, Integrationsfirmen zu gründen, da sie über betriebswirtschaftliches und soziales Know-how für diese Aufgabe verfügen und ihre guten Kontakte zur örtlichen Wirtschaft etwa auch für Joint Ventures mit regulären Firmen nutzen können. Die Erfahrungen zeigen, dass WfbM mit den Arbeitsangeboten einer Integrationsfirma das Image als Sackgasse verlieren und neue Entwicklungschancen für wechselwillige WfbM-Beschäftigte eröffnen. Bisher wurden auch vereinzelt ausgelagerte WfbM-Arbeitsplätze in Projekten akzeptiert. Die im Jahr 2002 neugefassten sog. Werkstattempfehlungen der überörtlichen Sozialhilfeträger schlagen vor, die Handlungsform „ausgelagerter Werkstattplatz“ nur regulären

Unternehmen vorzubehalten. Mit den betroffenen Projekten wird nun verhandelt, entweder ausgelagerte Arbeitsplätze zu befristen bzw. bei positiver wirtschaftlicher Entwicklung ausgelagerte Arbeitsplätze in reguläre Beschäftigung zu überführen.

Die **Gemeinnützigkeit** von Integrationsbetrieben ist keine Fördervoraussetzung, sie wird jedoch von den meisten Projekten angestrebt. Die Vorteile der Gemeinnützigkeit sind die Körperschafts- und Gewerbesteuerbefreiung sowie der Mehrwertsteuervorteil. Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz stellt einen echten Wettbewerbsvorteil dar, wenn der Integrationsbetrieb Produkte und Dienstleistungen direkt an Endverbraucher verkauft. Teile der Finanzverwaltung stellten die Gemeinnützigkeit allerdings immer wieder in Frage, in einigen Regionen drohte die rückwirkende Aberkennung der Gemeinnützigkeit. Auch wenn es in Westfalen-Lippe noch allen Projekten gelungen war, den gemeinnützigen Status zu erhalten, bewegte man sich auf unsicherem Terrain, da sich die Auslegungspraxis jederzeit hätte ändern können. Wäre es Aberkennungen gekommen, hätten in Westfalen-Lippe die meisten Betriebe den Gang zum Konkursrichter antreten müssen, zumal dann auch die zumeist geflossenen Stiftungsmittel zurückzahlen wären. Der aktuell Ende 2002 bekannt gewordene Vorstoß des BMGS zu Schaffung von Rechtsicherheit in dieser Frage ist daher zu begrüßen. Danach soll § 68 der Abgabenordnung von 1977 (AO) so geändert werden, dass dort die Integrationsprojekte als gemeinnützige Zweckbetriebe aufgenommen werden, wenn sie mit einem Anteil von mindestens 40% schwerbehinderte Menschen beschäftigen.

Bei zwei Neugründungen waren Anfragen und Beschwerden von anderen Marktteilnehmern zu verzeichnen, welche eine ungleiche Konkurrenz und eine Wettbewerbsverzerrung durch ein subventioniertes soziales Unternehmen befürchteten. In beiden Fällen wurden diese Befürchtungen auch an Lokal- bzw. Landespolitiker herangetragen. Es wurde darauf in der Weise geantwortet, dass die Förderung im wesentlichen eine Kompensation der Nachteilsausgleiche bewirkt, welche diese Unternehmen aufgrund ihres hohen Anteils besonders betroffener sbM haben und welcher dazu führt, dass eine betriebliche Minderleistung entsteht. Integrationsunternehmen müssen ja auch nachweisen, dass sie eine arbeitspädagogische und psychosoziale Betreuung ihrer Mitarbeiter gewährleisten und dafür geeignetes Personal vorhalten.

Betriebswirtschaftliche Beratung

Die Förderung der betriebswirtschaftlichen Beratung ist ein Bestandteil der am 1.10. 2000 eingeführten neuen Projektförderung. Die Möglichkeit der Förderung einer betriebswirtschaftlichen **Gründungsberatung** wird seitdem regelmäßig in Anspruch genommen und hat sich als wertvolles Instrument zur Verifizierung und Überprüfung von Planungsgrößen etabliert. Allen ernsthafteren Gründerinitiativen wurde dieses Angebot gemäß den vorläufigen Empfehlungen der BIH nahe gelegt, die meisten haben es angenommen. In der Regel wurden zunächst Beratungsunternehmen ausgewählt und beauftragt, bei denen branchenbezogene Fachlichkeit und Praxiserfahrungen unterstellt werden konnten. Der gesteckte finanzielle Rahmen reichte zumeist aus, in der Regel wurden 5 bis 7 Beratungstagewerke mit dem Budget finanziert. Insgesamt wurde 2002 für die Förderung von 9 Einzelberatungen 26.000 Euro verausgabt, in 2003 sind es bisher 8 Beratungsfälle. Die Ergebnisse der Beratungen haben die weiteren Planungen teilweise stark beeinflusst, verändert oder auch dazu geführt, dass von einer weiteren Realisierung eines Projektes Abstand genommen wurde. Eine Gründungsberatung kann immer dann gefördert werden,

wenn ein erstes Konzept vorgelegt wird, das über eine unverbindliche Ideenskizze hinausgeht und Umriss eines konkreten Businessplanes erkennen lässt. Nachvollziehbare Angaben sowie erste kalkulatorische Größen sollen auf eine tragfähige Geschäftsidee sowie ein realisierbares Vorhaben schließen lassen. Die Gründungsberatung soll dazu beitragen, wesentliche Aspekte eines Gründungsvorhabens im Detail zu prüfen, die Chancen und Risiken einzuschätzen und die Entscheidungssicherheit zu erhöhen. Dies kann beinhalten:

- Prüfung der Objekteignung und des Betriebs
- Prüfung der Markt- und Wettbewerbsverhältnisse
- Prüfung der Unternehmenskonzeption unter Berücksichtigung der Kundenstruktur, Organisation, Einrichtung und des vorgesehenen Personals aus der Zielgruppe sowie der notwendigen nichtbehinderten Mitarbeiter und des Managements
- Prüfung und Erarbeitung der Finanzierung
- Feststellungen zur Wirtschaftlichkeit des Unternehmens (Ermittlung der voraussichtlich anfallenden Kosten, der Umsatzerlöse und des Betriebsergebnisses)
- Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen.

Bei der geplanten Übernahme eines bestehenden Unternehmens ist eine Schwachstellenanalyse mit konkreten Verbesserungsvorschlägen sinnvoll. Eine sinnvolle Ergänzung des bestehenden Förderinstrumentariums wäre die Möglichkeit, eine sog. "second opinion", also eine Zweitmeinung eines weiteren Gutachters einzuholen, und zwar insbesondere bei Projekten, deren Planungsgrößen stark von Hypothesen bestimmt sind.

Um die betriebswirtschaftliche Beratung zu intensivieren, wurde ab Mitte 2002 im Rahmen der durch das EU-Programm EQUAL geförderten Entwicklungspartnerschaft **Maßarbeit im Münsterland** bei der Handwerkskammer Münster ein festes Beratungsangebot installiert, so wie dies bereits eine Reihe von anderen Integrationsämtern getan hat. Im Rahmen dieses zunächst bis 2005 befristeten Projektes ist eine halbe Stelle ausschließlich für das Projekt eingerichtet, darüber hinaus stehen zwei weitere erfahrene Unternehmensberater aus dem Pool der Handwerkskammer zur Verfügung. Die Beratungsstelle hat sich bereits nach einem Jahr bewährt, nicht nur bei der Konzeption neuer, sondern auch im Rahmen der Unterstützung bestehender Firmen und ist aus der Förderpraxis schon nicht mehr wegzudenken. Die Berater bieten auch Fortbildungen für die Führungskräfte der Firmen an und stehen über eine Hotline auch in Krisensituationen zur Verfügung. Eine Weiterentwicklung des Beratungsangebotes im Sinne eines regelmäßigen Monitorings wird angestrebt. Funktion von Monitoring ist es, die Kompetenzen und Entscheidungssicherheit der Führungskräfte zu verbessern, indem es Kennzahlenvergleiche und Schlüsselindikatoren zur Ergebnisüberwachung bereitstellt und somit als Frühwarnsystem fungiert. Mehrere Studien hatten ja eindrücklich darauf hingewiesen, dass die Management- und Führungsqualitäten entscheidende Größen beim Erfolg eines Integrationsunternehmens sind. Dies wird durch die alltäglichen Erfahrungen bestätigt. Hier besteht teilweise Handlungsbedarf, noch nicht immer werden Integrationsfirmen professionell geführt, insbesondere bei trägerseitig vorherrschender Maßnahmeorientierung, bei unklaren Zuständigkeiten oder aufgrund fehlender unternehmerischer Kompetenzen.

Investive Förderung

Die Förderung des Aufbaus von Integrationsunternehmen beinhaltet ausschließlich investive Maßnahmen. Mehrmalige Anfragen bzgl. der Förderung von Personalkosten eines Projektentwicklers konnten nur abschlägig beschieden werden. In einem Fall hat ein Arbeitsamt auf Basis der freien Förderung nach § 10 SGB III die Stelle eines Projektentwicklers finanziert, in anderen Fällen unterstützt die Aktion Mensch mit ihrer Impulsförderung projektvorbereitende Arbeiten.

Die Förderung bei investiven **Leistungen pro Arbeitsplatz** orientiert sich an den sonstigen Richtlinien der Förderung nach § 15 SchwbAV. Ggf. kann davon abgewichen werden, insbesondere wenn ein wirtschaftlich aussichtsreiches Projekt eine hohe investive Einstiegshürde nehmen muss und andere Zuwendungsgeber nicht zur Verfügung stehen bzw. der Beitrag aus der Ausgleichsabgabe die Förderung anderer Zuwendungsgeber, etwa Stiftungen, mit ermöglicht. Ein investiver Zuschuss kann auch mit einem Darlehen kombiniert werden, das in der Regel zinsfrei gewährt wird und dessen Tilgung 1 bis 2 Jahre nach Auszahlung einsetzt. Eine Aufstockung einer investiven Förderung bietet sich immer dann an, wenn zum Zeitpunkt der Projektplanung aus dem Grunde kaufmännischer Vorsicht zunächst eine minimale personelle Besetzung vorgesehen ist, jedoch bei Annahme einer günstigen Geschäftsentwicklung die Einrichtung weiterer Arbeitsplätze prognostiziert werden kann. Das Darlehen sollte dann eine Umwandlungsoption beinhalten, d.h. mit der Schaffung weiterer Arbeitsplätze für sbM nach § 132 SGB IX verwandeln sich anteilige Darlehensbeträge in verlorene Zuschüsse. Es kann an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass die meisten Neugründungen nur mit Hilfe von **Stiftungsmitteln** auf den Weg gebracht werden konnten. So hat sich die Stiftung Wohlfahrtspflege des Landes NRW (Re-Investition von Spielbankerlösen, Grundlage: Spielbankgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen - SpielbG NW -) in den Jahren 1999 bis 2003 an ca. 15 Neugründungen mit insg. ca. 4 Millionen Euro beteiligt. Die Stiftung Wohlfahrtspflege ist somit zu einem wichtigen und zuverlässigen Partner bei der Förderung vieler Firmenprojekte geworden. Inzwischen gilt bei der Stiftung Wohlfahrtspflege das Junktim, dass ihre Förderung nicht höher ausfällt als die durch das Integrationsamt bewilligte Fördersumme. Bei Neugründungen war oft auch die Aktion Mensch mit Zuschüssen und Darlehen engagiert. Einige Projekte wären aufgrund einer hohen investiven Einstiegshürde ohne Stiftungsmittel nicht zu realisieren gewesen. In den Finanzierungsplänen von Firmenprojekten taucht manchmal auch die Software AG Stiftung als Förderer auf. Die Stiftung wurde 1992 von Peter M. Schnell in Darmstadt gegründet. Sie legt großen Wert auf das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ und hat einen Förderschwerpunkt bei der Betreuung von Menschen mit Behinderung. Bei vielen Stiftungsfinanzierungen hat das LWL-Integrationsamt den Stiftungsverwaltungen fachlich zugearbeitet und sich teilweise bereit erklärt, die Verwendungsnachweise für die Stiftungen zu prüfen. Stiftungsmittel können nur bei gemeinnütziger Trägerschaft und teilweise auch nur bei Zugehörigkeit zur organisierten Wohlfahrtspflege beantragt werden. Die Gründungsinitiativen benötigen dabei die Unterstützung durch ihren jeweiligen Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege, deren Kompetenzen bei der Beratung und Unterstützung sind jedoch unterschiedlich ausgeprägt.

Bei neuen Projekten, die mit einem Grundstückserwerb und/oder größeren **Bau- und Umbaumaßnahmen** einhergingen, wurde regelmäßig der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landschaftsverbandes beteiligt. Dabei mussten sich die

dortigen Mitarbeiter intensiv in die unterschiedlichsten Branchenmaterien einarbeiten, um die baulichen Aspekte adäquat beurteilen zu können. Dies ist ihnen mit viel Engagement und profunder Sachkenntnis gelungen. Die von dort erstellten baufachlichen Stellungnahmen wurden von den Projektbetreibern und den sonstigen Zuwendungsgebern gerne in Anspruch genommen und waren wertvolle Hilfen im Planungsprozess. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb beteiligt sich auch an den unumgänglichen Verwendungsnachweisprüfungen.

Zuschüsse für Betriebsmittel werden nicht gewährt, eine Darlehensvergabe ist jedoch möglich, etwa für das Erstauffüllen von Lagerbeständen. Die besondere Projektförderung sieht auch Leistungen zur **Modernisierung** vor, ein Leistungstatbestand, welchen die reguläre Förderung nach Teil II des SGB IX ansonsten nicht kennt. Punkt 4.1 der Vorläufigen Empfehlungen der BIH zur Förderung von Integrationsprojekten nach §§ 132 ff SGB IX nennt daher auch die Förderung von Modernisierungen. Zu den förderfähigen Aufwendungen zählen danach die Kosten für den Bau, Umbau und die Instandsetzung von Gebäuden, für Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände, insbesondere für Maschinen und Geräte zur Arbeitsplatzausstattung. Bauinvestitionen sollen in einem angemessenen Verhältnis zum geplanten Umfang des Betriebes und den sonstigen Förderleistungen stehen. Art und Höhe der Leistung bestimmen sich nach den Umständen des Einzelfalles, insbesondere nach dem Anteil der auf Arbeitsplätzen nach den §§ 73 Abs. 1 und 102 Abs. 2 Satz 3 SGB IX beschäftigten schwerbehinderten Menschen. Der Eigenanteil des Antragstellers soll aber in der Regel 20 vom Hundert der gesamten Aufwendungen nicht unterschreiten. Die Förderung von Modernisierungsinvestitionen ist möglich, soweit diese Kosten nicht aus den Rücklagen auf Grund von Abschreibungen gedeckt werden können. Beispiel: Bei einem der ersten Förderfälle ergab die Sachverhaltsermittlung, dass das zu modernisierende Fahrradgeschäft, eines von vier Standbeinen eines Integrationsbetriebs, leicht defizitär ist und quersubventioniert werden muss. Die Modernisierung sollte nun einerseits dazu beitragen, die Arbeitssituation für die Mitarbeiter aus der Zielgruppe zu verbessern und andererseits zukünftig ein ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erreichen. Es wurde vorgeschlagen, die beiden festen Arbeitsplätze in diesem Betriebsteil mit den Höchstbeträgen zu fördern, die normalerweise für Leistungen nach § 15 Abs.1 Ziffer 1 e SchwbAV (Umsetzung) gelten: 20.452 Euro. Die insg. drei Maßnahmeplätze wurden mit jeweils 5.113 Euro gefördert. Dadurch ergab sich ein gesamter Förderbetrag von 56.242 Euro. Dies entsprach einem Anteil von rund 85% an den veranschlagten Kosten.

Zur **Sicherung** investiver Leistungen dienen: die Bankbürgschaft, der Sicherungsvertrag sowie die Grundschuld. Eine Kombination von Bankbürgschaft und Sicherungsübereignung ist möglich, um den Kreditrahmen nicht zu sehr einzuschränken. Ggf. können auch nicht geförderte Gegenstände zur Sicherung herangezogen werden. Die Kosten einer Bankbürgschaft können teilweise übernommen werden. Letzteres Sicherungsmittel geht allerdings mit erheblichen Kosten einher. Das hat auch Joachim Maaßen vom BMGS dazu bewogen, ein im normalen Finanzierungsgeschäft eher untypisches Sicherungsmittel vorzuschlagen, nämlich die Verpflichtung zur regelmäßigen betriebswirtschaftlichen Beratung im Sinne eines Monitorings (Maaßen 2003). Fast überflüssig zu erwähnen, dass jede investive Förderung entweder die Vorlage einer durchkalkulierten prüfbaren Geschäftsplanung oder die Einsicht in die BWA-Zahlen voraussetzt.

Laufende Leistungen nach § 27 SchwbAV und § 134 SGB IX

Unter laufenden Leistungen werden die Leistungen für den "**besonderen Aufwand**" gemäß § 134 SGB IX und die "**Leistungen zur Abgeltung außergewöhnlicher Belastungen**" gemäß § 27 SchwbAV verstanden. Auch vor Inkrafttreten des SGB IX wurden die Leistungen an Integrationsfirmen gem. § 27 SchwbAV in Westfalen-Lippe bereits pauschaliert erbracht. In den meisten Fällen wurde eine monatliche Pauschale in Höhe von 562 Euro für jeden beschäftigten besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen bezahlt. Wesentliche Ziele bei der Neukonzeption der laufenden Förderung zur Abgeltung des besonderen Aufwandes und der außergewöhnlichen Belastungen innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen waren:

- Pauschalen statt Einzelfeststellungen
- Planungssicherheit und Einheitlichkeit der Leistungen für Integrationsprojekte
- keine Verschlechterung bisheriger Leistungen durch eine Pauschalierung
- Mehr Gerechtigkeit durch Bemessung des Minderleistungsausgleiches an der vom Unternehmen aufzubringenden Entlohnung.

Der sog. Schweriner Vorschlag der damaligen AG HFSt von März 2001 bestand darin, die Pauschale nach § 134 SGB IX in drei Klassen zu staffeln sowie die Leistungen nach § 27 SchwbAV mit einer festen Formel zu berechnen und zwar wie folgt:

Pauschale nach § 134 SGB IX:

- 25-30 % sbM (nach § 132 SGB IX): 102 Euro mtl./sbM
- 30-40 % sbM (nach § 132 SGB IX): 153 Euro mtl./sbM
- 40-50 % sbM (nach § 132 SGB IX): 205 Euro mtl./sbM

Pauschale nach § 27 SchwbAV:

AG-Brutto sbM

./.. laufende LKZ Dritter

30% (i.d.R.) der Restkosten als Zuschuss durch das Integrationsamt.

Von Firmenvertretern wurde daraufhin kritisiert, dass im Vergleich zur bisherigen pauschalierten Förderung nach § 27 SchwbAV in Westfalen-Lippe Arbeitsverhältnisse während der Lohnkostenbezuschung Dritter, also in der Regel in den ersten drei Jahren, schlechter gefördert würden. Weiterhin ergaben Modellrechnungen, dass sich die Förderung von Teilzeitarbeitsverhältnissen auf Grund der prozentualen Förderung ebenfalls verschlechtern würde, obwohl - so die Einwände - der Betreuungsaufwand bei behinderungsbedingt reduzierter Arbeitszeit kaum geringer als bei Vollzeitbeschäftigung ausfalle. Nach einer landesweiten Absprache kam es dann zu den sog. Bochumer Ergänzungen, mit denen für die Förderung der Integrationsfirmen die folgenden Regelungen für NRW eingeführt wurden:

Pauschale nach § 134 SGB IX: Keine Abstufung (102,-/153,- /205,- Euro) nach Beschäftigungsquote. Die Pauschale beträgt in der Regel 210 Euro. Während Lohnkostenzuschüssen durch Dritte (i.d.R. Arbeitsamt) beträgt der Förderbetrag 360 Euro und begleitet den hohen Einarbeitungsaufwand in der Anfangszeit eines Beschäftigungsverhältnisses.

Teilzeitbeschäftigung: Verschlechterten sich Firmenprojekte durch die neue Fördersystematik, wird bei behinderungsbedingter Teilzeitbeschäftigung (15 - 30 Std.) das Arbeitgeberbruttogehalt mit einem Faktor aufgewertet, bevor die o.g.

30prozentige Förderung berechnet wird und zwar nach folgender Formel:

AG-Brutto sbM

multipliziert mit dem Faktor 1,25

./. laufende Lohnkostenzuschüsse Dritter

30% (i.d.R.) der Restkosten als Zuschuss durch das Integrationsamt

Bei der Lohnkostenbezuschung wird als Messgröße immer der Arbeitgeberbruttolohn zugrunde gelegt. Beiträge zur Berufsgenossenschaft können berücksichtigt werden.

Auszubildende werden behandelt wie Beschäftigte auf regulären Arbeitsplätzen, bei Lohnkostenzuschüssen durch Dritte gilt auch die erhöhte Pauschale. Arbeitnehmer mit befristetem Arbeitsverhältnis erhalten die anteilige 30-prozentige Lohnkostenförderung und die Regelpauschale in Höhe von 210 Euro. Mitarbeiter in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) erhalten keine Lohnkostenzuschüsse, allerdings 360 Euro für besonderen Aufwand. Mitarbeiter mit AsH-Status (Arbeit statt Sozialhilfe) erhalten ebenfalls keine Lohnkostenzuschüsse, allerdings 210 Euro für besonderen Aufwand, sofern durch das Integrationsprojekt nachgewiesen wird, dass ihm durch den Einsatz der AsH-Kraft tatsächliche Kosten entstehen, die nicht gedeckt sind und dem Integrationsprojekt nicht bereits die Verpflichtung zur Betreuung vom Leistungsträger der AsH-Maßnahme auferlegt und finanziert worden ist. Angesichts des rehabilitativen Aufgabenkatalogs von Integrationsunternehmen hält es das LWL-Integrationsamt für vertretbar, die o.g. projektbezogenen Förderleistungen auf Grundlage des § 134 SGB IX auch bei ABM, SAM und AsH-Stellen zu gewähren. Leistungen nach § 27 SchwbAV, d.h. hier vor allem Minderleistungsausgleich, sind wegen der hohen Lohnbezuschung bei maßnahmeorientierten Beschäftigungsverhältnissen jedoch nicht zu rechtfertigen. Die **Anzahl von Maßnahmeplätzen** sollte in einem angemessenen Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeitsplätze stehen, deswegen können o.g. Maßnahmearbeitsplätze nur bis zu einem Anteil von maximal 50% an den Gesamtarbeitsplätzen gefördert werden. Aufgrund der Stundenuntergrenze von 15 Stunden/Woche in § 102 Abs. 2 Satz 3 SGB IX sind Zuverdienst-Arbeitsplätze weiterhin nicht förderungsfähig.

Bei betrieblicher Abwesenheit des behinderten Arbeitnehmers wegen Krankheit oder der Teilnahme an Rehammaßnahmen werden Leistungen zur Abgeltung des besonderen Aufwandes in der Regel bis zu 3 Monaten weitergewährt.

Die Zahlungsweise bei den laufenden „27er“ und „134er“ Leistungen ist so geregelt, dass die Firmenprojekte mit Hilfe einer Excel-basierten Planungshilfe eine Hochrechnung für ein gesamtes vorausliegendes Jahr erstellen. Auf Basis der übermittelten Tabelle werden **Abschläge** ausgezahlt. Nach Abschluss eines Jahres erfolgt eine Spitzabrechnung. Die Mehrzahl der Integrationsunternehmen hatte sich durch die neue Fördersystematik deutlich verbessert. Mit wenigen, überwiegend dienstleistungsorientierten Firmen mit niedrigen Löhnen wurden speziell abgestimmte Regelungen gefunden, um keine Verschlechterung zur früheren Förderung eintreten zu lassen.

Sonderprojekte

Von 2002 bis 2005 erstreckt sich die Laufzeit der Entwicklungspartnerschaft „Strategien für die Zukunft - Entwicklung sozialer Unternehmen in NRW“. Das Vorhaben wird gefördert aus Mitteln der Gemeinschaftsinitiative "EQUAL" der Europäischen Union und durch die Integrationsämter der Landschaftsverbände

Rheinland und Westfalen-Lippe. Die Federführung liegt bei der FAF gGmbH (Fachberatung für Firmen- und Arbeitsprojekte). Schwerpunkt ist dabei die Erprobung von Kooperation innerhalb der regionalen Wirtschaft. Das Programm wird an anderer Stelle dieses Heftes ausführlich geschildert.

Resümee und Ausblick

Das Integrationsamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe hat wie alle anderen Integrationsämter seit 2000 zielgerichtet versucht, das neue Recht im bundesweit gesetzten Rahmen und in NRW-weiter Absprache so umzusetzen, dass die bestehenden Firmen gestärkt werden und neue Projekte entstehen. Es wurde vielfach informiert und aktiv für die Handlungsform Integrationsunternehmen geworben. Unter Einsatz der verfügbaren Kräfte wurde versucht, alle ernsthaften Gründungsinitiativen zu unterstützen und ihnen die Ressourcen zu erschließen, die für die Realisierung eines solchen anspruchsvollen Unterfangens wie einem Integrationsunternehmen benötigt werden. Werkstätten für behinderte Menschen wären häufig in der Lage, Unternehmen zu gründen, scheuen jedoch noch teilweise vor dem unternehmerischen Risiko zurück. Der Planungs- und Zeitaufwand bei Unternehmensgründungen darf nicht unterschätzt werden. Ein Planungszeitraum von mindestens einem Jahr ist mehr als realistisch, auch wenn die Geschäftsidee und ihre Realisierungsmöglichkeit schon weitgehend feststehen. Das Integrationsamt prognostiziert ein weiteres moderates Wachstum bei den Firmenprojekten und geht davon aus, dass in den nächsten Jahren jährlich 3 bis 5 Unternehmen hinzukommen, so dass in absehbarer Zeit in Westfalen-Lippe an die 60 Unternehmen mit rund 500 Arbeitsplätzen für Personen aus der Zielgruppe gem. 132 SGB IX bestehen werden. Eine interessante Variante zur Neugründung ist die Übernahme eines etablierten Betriebes durch soziale Träger oder Werkstätten für behinderte Menschen. Aufgrund der immer wieder gemeldeten Nachfolgeproblematik im Bereich KMU soll hierzu die Kooperation mit Kammern und Unternehmensbörsen intensiviert werden.

Bis auf eine konkrete Planung bei der Stadtverwaltung Bielefeld gibt es keine Hinweise auf die Entstehung von Integrationsbetrieben und -abteilungen im öffentlichen Dienst. Bleibt abzuwarten, wie sich die geplante Verlagerung der Zuständigkeit der Förderung von Integrationsabteilungen und -betrieben in privatwirtschaftlicher Trägerschaft vom Ausgleichsfonds auf die Integrationsämter auswirken wird.

Das Integrationsamt wird weiterhin die Marktorientierung der Firmenprojekte fördern und sieht sich dabei auch durch die Ergebnisse des Bundes(BMA)-Modellprojektes „Beschäftigungsprojekte“ von 1997 bis 2001 bestätigt, welches eindrücklich die geringe Tragfähigkeit und ungünstige Kosten-Nutzen Relation von maßnahmeorientierten Konzepten im Feld sozialer Unternehmen belegte.

Weitere Informationen siehe:

www.lwl.org > Soziales > Integrationsamt > Integrationsprojekte

- Merkblatt Förderung von Integrationsunternehmen
- Planungsleitfaden
- Information zur betriebswirtschaftlichen Beratung
- Adressen der Integrationsunternehmen in Westfalen-Lippe

Stiftungen:

Aktion Mensch e.V.: Förderichtlinien des Vereins „Deutsche Behindertenhilfe - Aktion Mensch e.V. Informationen über die Basis- und Impulsförderung: <http://www.aktion-mensch.de>

Stiftung Wohlfahrtspflege des Landes NRW: <http://www.sw.nrw.de/>

Software AG Stiftung: <http://www.software-ag-stiftung.de>

Weitere Quellen:

Adlhoch, U.: Integrationsprojekte. In: Ernst/Adlhoch/Seel, SGB IX, Kapitel 11, Stuttgart, 2002

FAF GmbH: Abschlussbericht zum Modellprojekt des BMA

„Beschäftigungs- /Integrationsprojekte (-firmen, -betriebe, -abteilungen) zur Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben.“ Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung zur Arbeit der Modellprojekte im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung; Teil A: Zusammenfassungen und Empfehlungen, Teil B: Abschlussbericht Begleitforschung, Berlin 2003, Bezug:

<http://www.bmgs.bund.de/download/broschueren/F298Gesamt.pdf>

Landeswohlfahrtsverband Hessen, Zweiter Bericht über den Stand der Entwicklung von Integrationsprojekten, Kassel, 2002

Maaßen, J.: Weiterentwicklung des Rechts der Integrationsprojekte; aktuelle Probleme, unveröffentlichter Vortrag, Wernigerode, 2003.

Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte (FAF): Abschlussbericht zum Modellprojekt des BMA „Beschäftigungs- /Integrationsprojekte (-firmen, -betriebe, -abteilungen)“, Berlin 2002

Stork, E.: Ausgliederung von Beschäftigungsfirmen für Behinderte aus den Werkstätten für Behinderte, Münster, 1993, unveröffentlichtes Manuskript.